



## Das Breaking-News-Karussell

Das furchtbare Flugzeugunglück in den französischen Alpen hat viele Menschen betroffen gemacht. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund trauert mit den Angehörigen der Opfer, darunter zwei spanische Gewerkschaftskollegen. Nach einigen Tagen fieberhafter Berichterstattung weltweit, ist nun eine Diskussion um die Rolle der Medien entbrannt. Dabei geht es auch um die Frage, was ist Information? Sicher ist es auch für Journalistinnen und Journalisten nicht immer einfach, in den Stunden kurz nach einer solchen Katastrophe, unter dem Druck der Ereignisse, die richtigen Entscheidungen zu treffen: Wie arbeiten wir das Geschehen so auf, dass wir die Rezipienten möglichst umfassend informieren? Mancher Redaktion scheint bei der Beantwortung dieser Frage der Blick für das richtige Maß verloren gegangen zu sein.

Es gab zwar auch eine zurückhaltende Berichterstattung, der man das Bemühen um die Ausgewogenheit zwischen dem Informationsinteresse und dem Schutz der Betroffenen anmerkte. Andererseits wurden aber auch Spekulationen und ungesicherte Meldungen verbreitet, sogenannte Experten lieferten Theorien darüber, was sein könnte und der alltägliche Voyeurismus wurde bereitwillig bedient.

Auch die öffentlich-rechtlichen Sender haben sich, besonders in den Talkshows kurz nach dem Unglück fleißig an Spekulationen und sinnlosem Herumgerede beteiligt – Maybrit Illner ist nur ein Beispiel. Und man kann auch die Frage stellen, warum z.B. in einem Brennpunkt nach der Tagesschau noch einmal alles wiederholt werden muss, was man aus der Nachrichtensendung ohnehin gerade erfahren konnte – Erkenntniszuwachs gleich null. Ist das im Sinne des Informationsauftrags oder doch nur der Versuch, auf ein sich immer schneller drehendes Karussell aufzuspringen? Denn die sogenannten Breaking News, die Tweets und Sondersendungen – sie drehen das bereits Bekannte lediglich im Kreis. Alle Medien, besonders aber die öffentlich-rechtlichen Sender mit ihrem immer noch herausragenden Informationsangebot, sollten die Fahrt auf dem Karussell meiden. Das Publikum wird es ihnen danken.

Sabine Nehls

### Themen:

Bund-Länder-Kommission	2
Kulturrat: Öffentlich-rechtliche in der Digitalen Welt	3
DW: Vielfalt sichern	4
ZDF-Staatsvertrag	5
Rundfunkbeitrag für Qualität nutzen	5
Novellierung WDR-Gesetz	7
Neues Rundfunkgesetz Mecklenburg-Vorpommern	7
Gemeinnützigkeit im Journalismus	8
ver.di zum Urheberrecht	9
Rangliste Pressefreiheit	10
WDR-Rundfunkrat: Meinungsmacht und Medienmarkt	11
Neue ZDF-App	12
Korrekturenrubrik auf heute.de	13
Europäischer Zeitungsverband	13
Tarifrunde bei öffentlich-rechtlichen gestartet	14
Personalien	15
Medienlink	16
Veranstaltungen	16
Impressum	16



## Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz

Die neue Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz hat ihre Schwerpunkte und Arbeitsgruppen festgelegt. Folgende Themenbereiche sollen im Mittelpunkt der Beratungen stehen: Revision der Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie, Jugendmedienschutz, Kartellrecht und Vielfaltssicherung, Plattformregulierung, Regulierung von Intermediären (Suchmaschinen) sowie Netzneutralität. Ziel ist die Verständigung von Bund und Ländern auf eine moderne Medienregulierung. „Es geht nicht darum, die bewährten Grundprinzipien unserer Medienordnung neu zu definieren, sondern diesen Anforderungen auch in Zeiten der Konvergenz weiterhin gerecht zu werden,“ erklärte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die das Arbeitsprogramm Mitte März gemeinsam mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters vorstellte. Grütters sagte: „Die Konvergenz der Medien ist real, daher sind nur abgestimmte Regulierungsansätze zielführend. Hierbei müssen Bund und Ländern intensiv zusammenarbeiten, auch, um in Europa mit einer starken deutschen Stimme sprechen zu können.“

Beteiligt sind an den Arbeiten der Bund-Länder-Kommission neben Rheinland-Pfalz auf der Seite der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Auf Bundesseite beteiligt sind neben der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien die Kernressorts der Digitalen Agenda, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie mit Blick auf das Thema Jugendmedienschutz das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben am 11. Dezember 2014 gemeinsam mit der Bundeskanzlerin beschlossen, sich für eine der Medienkonvergenz angemessene Medienordnung auf nationaler und internationaler Ebene einzusetzen und hierzu eine Bund-Länder-Kommission einzusetzen. Mit der Koordinierung der Arbeiten wurde auf Länderseite das Vorsitzland der Rundfunkkommission Rheinland-Pfalz und auf Bundesseite die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien betraut. Es soll ein Zeitplan für die einzelnen Vorhaben für den Zeitraum bis zum Abschluss der laufenden Legislaturperiode des Bundes erarbeitet werden. Die Ergebnisse sollen den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzlerin vorgelegt werden.

## Kulturrat: Öffentlich-rechtliche Mediatheken ausweiten

Der Deutsche Kulturrat hat in einer Stellungnahme zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der digitalen Medienwelt unterstrichen, dass dieser ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge ist: „Auch in der digitalen Welt muss die gesellschaftliche Relevanz von Angeboten das leitende Moment sein. Einschaltquoten oder Klickzahlen sind kein zureichender Maßstab zur Beurteilung eines Angebotes oder dessen Bereithaltung in der digitalen Medienwelt. Es gilt vielmehr die gestalterische, ästhetische und redaktionell Qualität, den Beitrag zur Aufklärung, Identitätsstiftung und kulturelle Vielfalt sowie die künstlerische Autonomie in den Vordergrund zu rücken. Die bestehenden Angebote müssen mit Blick auf solche Kriterien weitergedacht werden.“

Internet-basierte Mediatheken hätten in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Viele Beitragszahler wüssten die sendezeitunabhängige Möglichkeit zu schätzen, Beiträge anzuhören oder anzusehen und dabei unter Umständen zusätzliche Informationen angeboten zu bekommen. Ein Aspekt der Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei daher die Erreich- und Auffindbarkeit seines Angebots.

Der Deutsche Kulturrat sieht die Notwendigkeit einer besseren Vernetzung der öffentlich-rechtlichen Angebote: „Die Verfügbarkeit von Eigenproduktionen der Sender in öffentlich-rechtlichen Mediatheken ist auszuweiten. Bei einem Teil der Produktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks handelt es sich um Auftragsproduktionen, die von den Sendern nur teilweise finanziert werden. Deshalb müssen die Verwerterinteressen aller beteiligten Anbieter auch im Zusammenhang mit der Verweildauer berücksichtigt werden.“ Der Deutsche Kulturrat fordert, dass die Möglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Angebote in Internet-basierten Mediatheken zu verbreiten, in Erwägung dessen ausgeweitet werden. Zudem begrüßt er, dass das Internetangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werbefrei ist. Das unterscheidet ihn positiv von anderen Angeboten. Die Werbefreiheit dürfe innerhalb der Angebote Dritter nicht durch neue technische Geräte unterlaufen werden, sondern die Signalintegrität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müsse gesichert sein.

Der Deutsche Kulturrat ist der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sind Mitglied. Stellungnahme als PDF: <http://tinyurl.com/ndafcdx>

## DW: Programm- und Sprachvielfalt sichern

Ende Februar haben Beschäftigte der Deutschen Welle in Bonn für eine nachhaltige Sicherung der Programm- und Sprachvielfalt und damit auch für die Sicherheit der Arbeitsplätze beim deutschen Auslandssender demonstriert. Zuvor war bekannt geworden war, dass die Deutsche Welle ab 2016 mit 12 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich rechnen kann. „Das ist eine gute Nachricht. Sie ist ein Erfolg der Kolleginnen und Kollegen, die sich zusammen mit ihren Gewerkschaften in zahlreichen Aktionen gegen Personalabbau und damit verbundene Programmkürzungen zur Wehr gesetzt haben“, sagte Wolfgang Uellenberg-van Dawen von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Das von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zugesagte zusätzliche Geld müsse nun für eine gute, hochwertige Programmgestaltung verwendet werden. Dazu zählten unter anderem die Programme in insgesamt 30 Sprachen, die crossmedialen Sendewege, der englische Fernsehkanal und die Akademie. Seit Jahrzehnten habe die Politik zu Lasten der Beschäftigten und des Programms gespart. Allein in den vergangenen drei Monaten verloren rund 300 freie DW-Mitarbeiter ihre Aufträge. Wo die Stimme des staatsfernen deutschen Auslandssenders nötiger sei denn je, etwa in Ungarn, gebe es bereits kein Programm der Deutschen Welle mehr.

„Der Rundfunkrat, der Verwaltungsrat und auch der Bundestag haben mehrheitlich die Reform des Senders gebilligt. Diese muss nun vernünftig umgesetzt werden“, so Uellenberg-van Dawen. Es mache keinen Sinn, die Welle auf einen englischen Nachrichtenkanal zu reduzieren und Personal in den Redaktionen, der Technik und der Verwaltung abzubauen. Alle Beschäftigten, ob Freie, feste Freie oder fest Angestellte, brauchten Sicherheit. „Wir sind für eine Optimierung des englischen TV-Kanals, für neue und moderne Technik, aber es muss auch klar sein, dass die 30 Redaktionen, die in den jeweiligen Sprachen ein wirklich gutes Programm machen, das auch weiterhin tun können. Die Deutsche Welle muss im internationalen Chor der Medien hör- und sichtbar sein.“



## Entwurf für neuen ZDF-Staatsvertrag beschlossen

Den Entwurf für den neuen ZDF-Staatsvertrag haben die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten Ende März beschlossen. Er soll Mitte Juni unterzeichnet werden. Damit haben die Länder das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem vergangenen Jahr umgesetzt, in dem mehr Staatsferne in den Gremien des ZDF gefordert worden war. Der Fernsehrat wird demnach von 77 auf 60 Mitglieder verkleinert, 20 Sitze stehen der Politik zu, 24 Verbänden und Organisationen und 16 sollen durch die Länder mit Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen besetzt werden.

In Stellungnahmen hatten sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu den Plänen geäußert. Sie kritisierten darin insbesondere, dass zukünftig keine Vertreterinnen und Vertreter der Parteien im Gremium vertreten sein sollen, während die Bundesregierung und die Landesregierungen weiterhin Sitze haben werden. Der DGB begrüßte, dass nun die Entsendung der Mitglieder aus Verbänden und Organisationen ausschließlich in deren Verantwortung liegt. Sowohl ver.di, als auch der DGB kritisierten, dass es auch künftig keinen Sitz und kein Stimmrecht für Vertreterinnen und Vertreter des Personalrats im Verwaltungsrat geben soll. „Damit enthalten die Länderchefs dem ZDF vor, was bei mehreren ARD-Sendern längst Standard ist“, kritisierte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

## Mehrertrag aus Rundfunkbeitrag für Qualität nutzen

Die höheren Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag sollten dazu genutzt werden, die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten qualitätsorientiert zu finanzieren. Das fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. „Die Ausstattung der Sender reicht bereits heute nicht aus. Wir erleben Sparrunden und Kürzungen, die das Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beeinträchtigen. Deswegen müssen Mehreinnahmen nun weitestgehend den Sendern zugutekommen“, sagte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, Anfang Februar. Durch die Umstellung von der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag werden sich die Einnahmen um voraussichtlich 1,5 Milliarden Euro für die Jahre 2013 bis 2016 erhöhen. Zweck des neuen Rundfunkbeitrags sei es gewesen, die

Stellungnahmen als PDF:

<http://www.dgb.de/-/4HR>

<http://tinyurl.com/padzyh2>

Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu stabilisieren. Doch bereits frühere Mehreinnahmen würden vollständig zurückgehalten. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hätten zudem eine Beitragssenkung zum 1. April 2015 beschlossen.

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um Programmauftrag und Qualität auch künftig zu erfüllen. Wer den Sendern darüber hinaus neue Aufgaben überträgt, zum Beispiel den notwendigen Ausbau von Onlineangeboten oder den geplanten Jugendkanal, muss diese entsprechend finanzieren. Außerdem muss die Beitragshöhe Preissteigerungen nachvollziehen. Von all dem sind wir weit entfernt, da die Beitragshöhe politisch motiviert gedeckelt wird“, so Werneke. Die verordneten Sparrunden hätten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bereits heute tiefe Spuren hinterlassen: In vielen Abteilungen und Redaktionen fehle Personal und die Sender bestückten aktuelle Programmplätze immer häufiger mit Material aus dem Archiv. Trotzdem werde über einen weiteren Personalabbau diskutiert, der unter anderem mit der Schließung von Lokalstudios und einem Verlust von regionaler Vielfalt verbunden wäre. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechterten sich zusehends: Arbeitsverdichtung sei an der Tagesordnung und die Sender griffen vermehrt auf prekäre Leiharbeit zurück. Freie Journalistinnen und Journalisten bekämen für ihr Honorar immer mehr Aufgaben aufgebürdet und würden vor allem für multimediale Angebote nicht angemessen vergütet, so Werneke. Auch die Produktions- und Arbeitsbedingungen für freie Produzenten und Filmschaffende hätten ein beklagenswertes Niveau erreicht. Denn bei Auftragsproduktionen würden die Budgets seit Jahren gedeckelt oder gekürzt, Drehtage auch bei einem Aushängeschild wie den Tatort-Produktionen gekürzt.

ARD, ZDF und Deutschlandradio dürfen die Mehreinnahmen nicht behalten, sie liegen auf Sonderkonten. Zur Verfügung steht den Sendern nur das Geld, das die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) in ihrem 19. Bericht als Finanzbedarf für die Jahre 2013-2016 anerkannt hat. Die Mehrerträge sind eine gute Nachricht für die Beitragszahler. Die Ergebnisse lassen erwarten, dass der Rundfunkbeitrag bis 2020 trotz steigender Kosten stabil bleiben kann. Exakte und endgültige Ergebnisse werden mit dem 20. KEF-Bericht vorliegen, der Anfang 2016 veröffentlicht wird.

## DGB und ver.di zu Novellierung WDR-Gesetz

Den Wegfall von Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk halten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Nordrhein-Westfalen zwar grundsätzlich für wünschenswert. Sie sehen aber mehrere Voraussetzungen, die vor einer Änderung im WDR-Gesetz zu erfüllen seien. Diese konkretisierten sie in ihrer Stellungnahme im Rahmen der Online-Konsultation zur Novellierung des WDR-Gesetzes Mitte März. So müssten negative Wechselwirkungen auf andere Sendeanstalten ausgeschlossen sein. Ein Werbeverbot für den Hörfunk des WDR könne zudem dazu führen, dass durch den (privaten) Lokalfunk allein die von den Werbekunden verlangte Abdeckung von 70 Prozent Reichweite nicht mehr realisiert werden könne. Die Gefährdung von tarifgebunden Arbeitsplätzen beim Lokalfunk NRW müsse aber ausgeschlossen werden. Auch gewährleistet werden müsse, dass die fehlenden Werbeeinnahmen ausgeglichen und nicht durch Personalabbau und zu Lasten des Programms finanziert würden. Circa 120 Arbeitsplätze seien innerhalb der WDR mediagroup unmittelbar von der Werbung abhängig. Einer Reduktion der Werbezeiten könnten ver.di NRW und DGB NRW nur zustimmen, wenn im Vorfeld ein schlüssiges Konzept zur Weiterbeschäftigung dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgelegt werde.

Zudem wiesen DGB und ver.di NRW auf Mitbestimmungsdefizite im WDR-Gesetz hin. So habe die Intendantin/ der Intendant ein Letztentscheidungsrecht bei Konflikten mit dem Personalrat. In der Praxis führe dies dazu, dass die Einigungsstelle in der Regel nicht angerufen werde. Dieses Defizite müssten im Rahmen der Novellierung abgeschafft werden.

## Kritik an Rundfunkgesetz Mecklenburg-Vorpommern

Das Mitte März vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern beschlossene neue Landesmediengesetz hat der DGB Nord scharf kritisiert. Schon vor der Beschlussfassung hatte er gefordert, das Gesetz zu stoppen. „Ziele, die neue Aufgaben und Herausforderungen wie die Konvergenz der Medien, zunehmende Konzentrationsprozesse in allen Märkten, die Auswirkungen der Digitalisierung und des Internets sowie wachsende Aufgaben im Bereich der Medienkompetenz reflektieren, sind nicht oder nur unzureichend benannt,“ erklärte Ingo Schlüter, stellvertretender Vorsitzender des DGB Nord. Insbesondere die Regelungen zur Amtszeitbegrenzung in den Aufsichtsgremien beschädigten die fachliche Unabhängigkeit des Medienausschusses. Der Gesetzentwurf sei ein hilfloses, von

Die Stellungnahme als PDF:

<http://tinyurl.com/oeob9r9>

inhaltlicher Ratlosigkeit geprägtes Papier, das den Medienausschuss zum zahnlosen Verwaltungsannex macht. Das gebe es so nirgendwo sonst in Deutschland.

Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (ZDF-Fernsehratsurteil) fordere grundsätzlich die Stärkung der Unabhängigkeit von Rundfunkgremien, dies werde im Gesetzentwurf negiert, so Schlüter. Andere wesentliche Forderungen der anzuhörenden Verbände, wie etwa die Stärkung der Medienkompetenzförderung oder die Formulierung von gesetzlichen Zielvorstellungen, hätten keine Berücksichtigung gefunden. Auch die Gleichstellungsregelung garantiere keinen hohen Frauenanteil. Wer die Amtszeit der ehrenamtlich tätigen Medienausschuss-Mitglieder auf zwei Wahlperioden begrenzen wolle, dränge Sachverstand aus den Gremien - Chefetagen ohne kompetente Kontrolle dürfe es auch im Privatrundfunk nicht geben. Das Landesrundfunkgesetz regelt vor allem die Belange des privaten Rundfunks in Mecklenburg-Vorpommern.

### **Dju: Gemeinnützigkeit nur eine Stellschraube**

Aus Sicht der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) müssen Vielfalt, Qualität und Unabhängigkeit die zentralen Ziele der deutschen Medienlandschaft sein. Zwar sei mit dem Ansatz der Gemeinnützigkeit ein interessanter Vorschlag in die Debatte gekommen, die absehbare Wirkung einer solchen, vor allem steuerlichen Behandlung sollte jedoch als nicht zu groß eingeschätzt werden. Medienvielfalt in Deutschland könne nicht in erster Linie über Spenden organisiert und sichergestellt werden. Vielmehr brauche es in der Breite tragbare Geschäftsmodelle sowie einen starken öffentlich-rechtlichen Medienbereich. Dies erklärte dju-Geschäftsführerin Cornelia Haß in einer Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein- Westfalen „Beitrag zu Vielfalt und Qualität im Journalismus leisten – Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkennen“ Anfang März.

Wenn durch die Zusammenlegung von Redaktionen und fortschreitende Marktberaumungsprozesse die Meinungsvielfalt abnehme, sollten anstelle einer Anerkennung als Gemeinnützigkeit vielmehr eine sinnvolle Presseförderung, z.B. durch Stiftungen für Rechercheprojekte, oder der abgesenkte Mehrwertsteuersatz auch auf Online-Produkte geprüft werden, gebunden an Qualitätskriterien wie die Einhaltung von Ausbildungsstandards und Tarifverträgen. Darüber hinaus müsse die innere Pressefreiheit in den

Redaktionen gestärkt werden, u.a. durch Redaktionsstatute. Der Tendenzschutz verhindere zudem bisher, dass eine effektive Kontrolle der erzielten Erträge und Gewinne und deren Verwendung stattfinden kann.

In der Debatte um die Gemeinnützigkeit dürfe nicht vergessen werden, dass journalistische Arbeit für die Qualität des journalistischen Produkts als auch die Unabhängigkeit journalistischer Berichterstattung gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung braucht. Professionelle Journalistinnen und Journalisten, ob festangestellt oder frei, müssten von ihrer Arbeit leben können. Dazu gehören angemessene Honorare und Gehälter und die Durchsetzung von Urheberrechten und Vergütungsregeln anstelle von Selbstausbeutung. Eine Netz-Zeitung oder eine Recherche-Organisation, die sich durch steuerlich absetzbare Spenden und damit auch durch die Allgemeinheit finanzierte müsse erst recht hohe Standards erfüllen.



## ver.di: Urheberrecht nicht kapern lassen

Der europäische Berichtsentwurf zum Urheberrecht lässt die Urheberinnen und Urheber weitgehend außen vor, kritisiert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in einer Stellungnahme zum sogenannten Reda-Bericht. ver.di fordert, Urheber- und Verbraucherrechte nicht gegeneinander auszuspielen, denn Suchmaschinen- und Plattformbetreiber wären die einzigen Profiteure. Im Januar hat die Europaparlamentsabgeordnete der deutschen Piratenpartei, Julia Reda, einen Berichtsentwurf über die Umsetzung der so genannten InfoSoc-Richtlinie veröffentlicht. Ver.di hält die darin vorgenommene Zusammenfassung und die Schlussfolgerungen für eine Gefahr in Bezug auf die wirtschaftliche Situation der professionellen Urheberinnen und Urheber sowie der ausübenden Künstlerinnen und Künstler in Europa. Die Umsetzung dieses Entwurfes würde letztlich eine Abkehr vom Kerngedanken des an den Urheberinnen und Urhebern orientierten Rechts hin zu einem Rechtssystem bedeuten, das als zentralen Regelungsansatz die Interessen der Endverbraucherinnen und Endverbraucher gegenüber den Verwertern sieht. Die Folge wäre eine erhebliche Schwächung der Rechtsposition der professionellen europäischen Kultur- und Medienschaffenden. Ver.di fordert vom Europäischen Parlament:

Stellungnahme als PDF:  
<http://tinyurl.com/pmrp2kt>

„Ausgangspunkt für eine etwaige Weiterentwicklung des Urheberrechts sowie verwandter Schutzrechte haben stets die Interessen der professionellen Kultur- und Medienschaffenden zu sein.

Den Urheberinnen und Urhebern ist ein Urheberpersönlichkeitsrecht zu gewähren, das ihnen eine Überprüfung und wirksame Verhinderung etwaiger Verunstaltungen und/oder missbräuchlicher Nutzungen ermöglicht.

Die Urheberinnen und Urheber sind an allen unmittelbaren und mittelbaren wirtschaftlichen Verwertungen und Vorteilen zu beteiligen, die aus oder in Verbindung mit Ihren Werken gezogen werden. Eine Vergütungspflicht für jede einzelne Werknutzung als Regelfall ist ausdrücklich zu normieren.

In der Diskussion über einen etwaigen Reformbedarf im Bereich des geistigen Eigentums muss berücksichtigt werden, dass sich in Brüssel mit dem angloamerikanischen Copyright-System und dem kontinentaleuropäischen Urheberrechtssystem zwei gegensätzliche Ansätze begegnen. Eine sachliche und nachvollziehbare Diskussion erfordert in allen Arbeitssprachen ein höchstes Maß an sprachlicher Genauigkeit. So muss auf Englisch, Französisch und Deutsch stets klar sein, wann von welchem systematischen Ansatz ausgegangen wird, einem Copyright als Recht zur Vervielfältigung oder einem Urheberrecht als Autorenrecht, author's right oder droit d'auteur.“

## Rangliste der Pressefreiheit 2015

Reporter ohne Grenzen (ROG) hat die Rangliste der Pressefreiheit 2015 veröffentlicht. In der Mehrzahl der 180 bewerteten Länder ist die Lage für Journalisten und unabhängige Medien im vergangenen Jahr schlechter geworden. Zu den wichtigsten Gründen zählt die gezielte Unterdrückung oder Manipulation der Medien in Konfliktregionen wie der Ukraine, Syrien, dem Irak und den Palästinensergebieten. Daneben missbrauchen viele Staaten den angeblich nötigen Schutz der nationalen Sicherheit, um Einschränkungen der Pressefreiheit durchzusetzen. „Wo die Kontrolle über Informationen ein strategisches Kriegsziel ist wie derzeit im Osten der Ukraine oder in Syrien, werden Journalisten zur Verfügungsmasse der Konfliktparteien“, sagte ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske in Berlin. „Wenn Propaganda und Zensur in solchen Kriegen nicht die Oberhand behalten sollen, müssen die Rechte von Journalisten und unabhängigen Medien viel entschlossener verteidigt werden.“ Immer öfter werden auch Journalisten, die über Proteste berichten, zur Zielscheibe der Gewalt von Polizei oder Demonstranten. Daneben unterdrücken in vielen Ländern Terrorgruppen, Milizen oder Verbrecherkartelle unliebsame Informationen mit Einschüchterung und skrupelloser Gewalt. Zur vielerorts

Alle Infos zur Rangliste:  
<http://tinyurl.com/pjg8np2>

verheerenden Lage von Journalisten und Bloggern tragen schließlich auch Zensur und Gewalt im Namen von Religionen bei.

Deutschland liegt auf Platz 12 (+2 gegenüber dem Vorjahr) und hält sich damit im oberen Mittelfeld der EU-Staaten. Eine deutliche Verschlechterung der Pressefreiheit aber war 2014 in einigen Staaten der Europäischen Union zu beobachten. In Italien (73, -24) gerieten erschreckend viele Journalisten durch Mafia-Drohungen, Anschläge und unbegründete Verleumdungsklagen unter Druck. In Bulgarien (106, -6) ging die Finanzaufsicht auf der Grundlage eines im Eilverfahren verabschiedeten Gesetzes mit Ermittlungen und Geldstrafen gegen Journalisten vor, die über Missstände in der Finanzindustrie berichtet hatten. Zunehmende Medienkonzentration und staatliche Eingriffe in Personal- oder Redaktionsentscheidungen beeinträchtigen weiterhin die Pressefreiheit in Ungarn (65, -1). In Luxemburg (19, -15) behindern Angriffe auf den Quellenschutz und enge Verbindungen zwischen Politik, Wirtschaft und Medien den aufkeimenden investigativen Journalismus.

Die Spitzenplätze der Rangliste nehmen Finnland, Norwegen und Dänemark ein. Dazu tragen etwa liberale Regelungen über den Zugang zu Behördeninformationen sowie der Schutz journalistischer Quellen bei. In Finnland haben die Bürger seit 2010 sogar ein einklagbares Recht auf eine bezahlbare Breitbandverbindung. Am Ende der Rangliste halten sich unverändert Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan - Diktaturen, die die Medien ihrer Länder so gut wie vollständig kontrollieren.



## **WDR: Rundfunkrat zu Meinungsmacht und Medienmarkt**

Mit neun Thesen hat sich der Rundfunkrat des WDR im Februar zu Meinungsmacht und Medienmarkt geäußert. Vor allem das Kriterium der Linearität von Verbreitungswegen zur Abgrenzung von Rundfunk und Nicht-Rundfunk - wie im deutschen Recht - erscheine im Zeichen der Medienkonvergenz nicht länger tragfähig, heißt es darin. Insbesondere der wachsende Anteil datenförmiger Inhalte fordere das herkömmliche Konzept einer zeitlich gebundenen „Aussendung“ heraus und erzwingen neuartige Regulierungsansätze.

Die Stellungnahme als PDF:  
<http://tinyurl.com/p5zv8vw>

Die Auffindbarkeit von Inhalten, also von Informations- und Kommunikationsangeboten, die durch Regularien zur Vielfaltssicherung und zur Barrierefreiheit geschützt und gefördert werden müssen, stelle eine besondere Herausforderung dar. Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung zeigen eine Tendenz zur Verletzung der Netzneutralität, mit dem Effekt, dass Internetnutzer durch Datendiskriminierung - etwa durch vereinfachte und beschleunigte Zugangsmöglichkeiten zu vorab bestimmten Inhalten - beeinträchtigt werden können.

Vor dem Hintergrund des Zusammenspiels von wirtschaftlicher Macht und Meinungsmacht erfordere die zunehmende Konvergenz der Medien eine politische Grundsatzentscheidung, die dem Anspruch auf kommunikative Chancengerechtigkeit regulatorisch Rechnung trage, meint das Gremium: „Eine solche Grundsatzentscheidung muss zum einen hinreichend präzise formuliert sein, um die erkennbaren Konzentrationstendenzen zugunsten der Informations- und Meinungsvielfalt zu korrigieren; sie muss zum andern hinreichend offen sein, um die Entwicklungsdynamik im Medienbereich angemessen berücksichtigen zu können.“



## Neue ZDF-App mit Second-Screen-Funktionen

Die Mediathek-App des ZDF wird moderner: Mit der neuesten Version werden durch Second-Screen-Funktionen Hintergrund-Infos der Redaktion passend zum Livebild angeboten. Zudem gibt es die Möglichkeit, über Live-Abstimmungen und Social-Media-Diskussionen näher am Programm zu sein. Künftig können die Zuschauerinnen und Zuschauer in der App beispielsweise zu „WISO“ die Netzdiskussion verfolgen oder an Abstimmungen über Verbrauchertemen teilnehmen. Während der Fußball-Champions-League-Übertragungen im ZDF bietet die App Live-Sportdaten zu den Partien. Schon während der Fußball-WM hatten diese Zusatz-Infos großen Zuspruch gefunden. Per Push-Mitteilung kann man sich an den Start einer Second-Screen-Sendung erinnern lassen. Neu ist auch die Abonnement-Funktion: Unter „Sendungen A-Z“ können Nutzer ihre Lieblingssendungen abonnieren. So erhalten sie automatisch eine Nachricht, wenn die neueste Ausgabe der abonnierten Sendung in der Mediathek verfügbar ist.

## Korrekturen-Rubrik auf heute.de

Das ZDF hat auf heute.de die Rubrik „Korrekturen“ eingerichtet. Fehler, die in der aktuellen Berichterstattung passieren, können so schnell korrigiert werden – faktenorientiert und kompakt. ZDF-Chefredakteur Peter Frey: „Wer 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche sendet, analog, digital und online, dem unterlaufen trotz aller Anstrengungen von Redaktion und Korrespondenten gelegentlich auch Fehler. Diese wollen wir schnell korrigieren – Transparenz ist hier das beste Mittel gegen Verschwörungstheorien und Manipulationsvorwürfe.“ Vorbild der neuen Online-Rubrik sind die „Corrections“ der „New York Times“. Durch die selbstkritische Betrachtung der eigenen Arbeit könnten Ungenauigkeiten oder sachliche Fehler umgehend richtiggestellt werden. Auch Hinweise von Betroffenen, Experten oder aus dem Publikum finden dort Eingang.

Die Rubrik findet sich rechts unten auf der Startseite von [heute.de](http://heute.de)

Der direkte Link:

<http://tinyurl.com/p7t73ye>



## Europäische Zeitungen gründen Verbund

Sieben führende Zeitungstitel aus sechs europäischen Ländern haben sich im Verbund Leading European Newspaper Alliance (LENA) zusammengeschlossen, um ihre journalistischen Kompetenzen zu bündeln und Qualitätsjournalismus in Europa zu fördern. Die Gründungsmitglieder sind DIE WELT aus Deutschland, „El País“ aus Spanien, „La Repubblica“ aus Italien, „Le Figaro“ aus Frankreich, „Le Soir“ aus Belgien sowie „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ aus der Schweiz. Javier Moreno, früherer Chefredakteur von „El País“, wird erster Direktor des Verbundes.

LENA will sich unter anderem für die Stärkung einer europaweiten öffentlichen Meinungsbildung einsetzen, heißt es in einer Pressemitteilung von Axel Springer. Die Mitglieder teilten etliche gemeinsame Werte in Bezug auf die Bedeutung von Qualitätsjournalismus für die Struktur offener und demokratischer Gesellschaften als Grundlage für wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die Allianz soll für ihre Mitglieder einen redaktionellen, technologischen und wirtschaftlichen Vorsprung sicherstellen und werde daher dafür passende Kooperationspartner wählen.

Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist die Entwicklung und der Austausch redaktioneller Inhalte. So wird jedes Mitglied ausgewählte Artikel auf einer

gemeinsamen Plattform zur Verfügung stellen, welche die anderen Mitglieder je nach Bedarf nutzen können. Zusätzlich sollen Interviews, Features und Kommentare speziell für die zeitgleiche Veröffentlichung in allen LENA-Publikationen erstellt werden. Darüber hinaus werden die LENA-Mitglieder zukünftig gemeinsame digitale Entwicklungsmaßnahmen umsetzen und ein Personal-Austauschprogramm aufbauen. „Dieses Programm soll Journalisten wie auch anderen Mitarbeitern die Möglichkeit geben, die Arbeit bei anderen Zeitungen kennenzulernen und dadurch ihre Kompetenzen zu erweitern,“ so die Erklärung. LENA soll auch zum europaweiten Ideenaustausch beitragen. Geplant ist, Experten und Entscheider aus Politik und Wirtschaft bei Events zusammenbringen, die sich mit zentralen Themen der Entwicklung Europas befassen. Der Verbund steht unter dem Vorbehalt der kartellrechtlichen Genehmigung.

PERSONALIEN  
Allgemeines  
Daten

## Tarifrunde bei öffentlich-rechtlichen Sendern gestartet

„Jetzt ist Schluss mit lustig“ – unter diesem Motto hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am Aschermittwoch in den ARD-Rundfunkanstalten, beim Deutschlandradio und beim ZDF die diesjährige Gehalts- und Honorarrunde eingeläutet. Sie fordert für die Beschäftigten, fest Angestellten und Freien, sowie für die Bezieher von Betriebsrenten sechs Prozent mehr Geld. Die Tarifforderung enthält dabei senderindividuelle Komponenten wie zum Beispiel einen Sockelbetrag für Geringverdienende oder die Übernahme von Auszubildenden. Für die Freien soll sich die Tarifsteigerung an den tatsächlich gezahlten Honoraren und nicht an den Mindesthonoraren bemessen. „Die Kolleginnen und Kollegen in den öffentlich-rechtlichen Sendern leisten täglich hervorragende Arbeit. Sie liefern Informationen von vor Ort und aus aller Welt, analysieren und unterhalten und setzen mit den diversen Programmen hohe Standards. Die Arbeit, die darin steckt, muss von den Verantwortlichen in den Rundfunkanstalten durch angemessene Gehälter und Honorare anerkannt werden“, forderte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. In allen Sendern verdichte sich die Arbeit spürbar und der Druck auf die Beschäftigten erreiche zum Teil gesundheitsschädliche Ausmaße. Hintergrund dafür seien die wachsende Zahl der Sendeplätze und Ausstrahlungswege bei gleichzeitigen Sparrunden und Stellenabbau. Das führe unter anderem auch dazu, dass Freie in Technik, Redaktion und Verwaltung mit immer prekäreren Bedingungen

konfrontiert werden. „Die Unsicherheit in den Sendern nimmt zu. Das kann angesichts des hohen Stellenwerts des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht gewollt sein. Daher fordern unsere Kolleginnen und Kollegen für die Tarifverhandlungen unmissverständlich 'Gutes Geld für gute Arbeit', sagte Werneke.

## Personalien

### **rbb-Rundfunkrat mit Stumpenhusen und Pienkny**

Unter den 15 neuen Mitgliedern des rbb-Rundfunkrates ist auch die Landesbezirksleiterin der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Susanne Stumpenhusen ist ver.di-Landesbezirksleiterin Berlin-Brandenburg und arbeitete beim Bezirksamt Spandau in der Jugendförderung und in der Medienarbeit bevor sie 1989 in die hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit wechselte.

Dieter Pienkny bleibt Vorsitzender des Programmausschusses des rbb-Rundfunkrates. Das Gremium bestätigte ihn Mitte März im Amt. Pienkny übernahm den Ausschuss-Vorsitz im Jahr 2013, er gehört dem Rundfunkrat des rbb seit dessen Gründung im Jahr 2003 an und ist vom Deutschen Gewerkschaftsbund entsandt. Nach seiner Wahl sagte Pienkny, im Programmausschuss gehe es „weder um Eingriffe in die Redaktionen noch um Geschmacksdiktat oder gar Zensur.“ Zugleich werde das Gremium „nicht verlängerter Arm der Redaktion oder des Managements sein, sondern eigenständig und eigenverantwortlich Aufsichtspflichten wahrnehmen. Wir wollen Anregungen geben, die Anwälte der Zuschauerinnen und Zuschauer sein, verstehen lernen, wie ein Medium tickt, uns gegenseitig Impulse geben.“ Der Programmausschuss ist einer von zwei ständigen Ausschüssen des Rundfunkrats. Ihm gehören derzeit zwölf aus der Mitte des Rundfunkrates gewählte Mitglieder an. Er berät den Rundfunkrat in allgemeinen Programmangelegenheiten des rbb und unterstützt ihn bei der Vorbereitung seiner Beschlüsse.

## Medienlink

### Vernachlässigte Nachrichten 2015

Die Jury der Initiative Nachrichtenaufklärung e. V. präsentiert jährlich zehn Nachrichten oder Themen, die in der medialen Berichterstattung zu kurz gekommen sind. Es handelt sich um Themen, die für die deutsche Öffentlichkeit relevant sind, über die aber bislang in Presse, Funk, Fernsehen und Internet kaum Debatten geführt werden. Die Top Ten des Jahres 2015 wurden Mitte Februar im Deutschlandfunk in Köln vorgestellt. Dazu zählen unter anderem „Prekäre Verhältnisse in Ausbildungsberufen“, „Arbeitsbedingungen von Strafvollzugsbeamten“ sowie „Linkverkäufe von Medien“.

[www.derblindefleck.de](http://www.derblindefleck.de)

## Veranstaltungen

### re:publica 2015 – BLN 575-Finding Europe

5. bis 7. Mai 2015  
in Berlin

Mit erwarteten 450 Rednerinnen und Rednern aus aller Welt ist die re:publica auch in diesem Jahr die wichtigste Veranstaltung zur Digitalen Gesellschaft. Das Themenspektrum ist wieder vielfältig, mit dem Kongress Media Convention Berlin gibt es gemeinsame Veranstaltungen.

[www.re-publica.de](http://www.re-publica.de)

Herausgeber:  
DGB-Bundesvorstand,  
Referat Medien- und  
Kulturpolitik,  
Henriette-Herz-Platz 2,  
10178 Berlin

Redaktion:  
Dr. Sabine Nehls

Tel: 0172-72 515 98  
[sabine.nehls@dgb.de](mailto:sabine.nehls@dgb.de)

Der DGB-medien-newsletter  
kann abonniert werden über:  
[www.dgb.de/service/newsletter](http://www.dgb.de/service/newsletter)